

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Antrag der SPD-Fraktion

hier: Situation Problemimmobilien in Hagen

Beratungsfolge:

07.12.2017 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

- Welche Maßnahmen wurden bisher durchgeführt, wann wurden welche Kontrollen durchgeführt?
- Sind die Häuser aufgrund der Möglichkeiten des Wohnungsaufsichtsgesetzes überprüft worden? Hat die Feuerwehr zum vorbeugenden Brandschutz die Objekte begutachtet?
- Wie wird die Schulpflicht der in den Objekten wohnenden Kinder sichergestellt?
- Welche Maßnahmen wurden bzw. werden zur Entsorgung der illegalen Müllablagerungen und auf wessen Kosten durchgeführt?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, wenn ein Haus unbewohnbar ist? Ist ein Objekt noch bewohnbar, wenn die Wasserversorgung nicht mehr gegeben ist?

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.

SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
Postfach 42 49

58095 Hagen
58042 Hagen

Tel: 02331 207 - 3505
Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

An den
Vorsitzenden des
Umweltausschusses
Herrn Georg Panzer
im Hause

Hagen, 27. November 2017

Situation Problemimmobilien in Hagen

Sehr geehrter Herr Panzer,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des Umweltausschusses, gem. §6 Abs.1 GeschO, am 7. Dezember 2017.

Zu dem Tagesordnungspunkt erwarten wir einen ausführlichen Bericht der Verwaltung zur städtischen Strategie zur Bewältigung der Probleme.

In mehreren Stadtteilen in Hagen gehen von den sogenannten Problemimmobilien Störungen, Lärmbelästigungen, illegale Müllablagerungen, Verunreinigungen des Umfelds aus.

Die Anzahl der Bewohner steht in mehreren Fällen in keinem Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Wohnflächen.

Die Häuser sind zum Teil in einem baulich bedenklichen Zustand.
Eine gesicherte Energie- und Wasserversorgung ist nicht oder nicht ständig gewährleistet.

Dazu stellten sich der SPD-Fraktion die nachfolgenden Fragen:

- Welche Maßnahmen wurden bisher durchgeführt, wann wurden welche Kontrollen durchgeführt?
- Sind die Häuser aufgrund der Möglichkeiten des Wohnungsaussichtsgesetzes überprüft worden? Hat die Feuerwehr zum vorbeugenden Brandschutz die Objekte begutachtet?
- Wie wird die Schulpflicht der in den Objekten wohnenden Kinder sichergestellt?
- Welche Maßnahmen wurden bzw. werden zur Entsorgung der illegalen Müllablagerungen und auf wessen Kosten durchgeführt?
- Welche Maßnahmen werden ergriffen, wenn ein Haus unbewohnbar ist? Ist ein Objekt noch bewohnbar, wenn die Wasserversorgung nicht mehr gegeben ist?

Die SPD Fraktion behält sich vor, auf der Grundlage des Berichtes Anträge zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Werner König
SPD-Ratsfraktion